Der Landrat teilte mit, dass sich aufgrund der Neugliederung der Dezernate noch einige organisatorische Änderungen ergeben haben und erläuterte diese anhand des an alle verteilten Organigramms.

Die Bereiche Personalangelegenheiten und Allgemeine Dienste würden im Dezernat 1 verbleiben und zu einem Amt (Amt 11) zusammengefasst. Weiterhin werde die Abteilung Kommunalaufsicht und Wahlen im Dezernat verbleiben und zum Amt 15, allerdings ohne eigene Amtsleitung.

Im Dezernat 2 werde aus dem Bereich Organisation und Informationstechnik ein eigenständiges Amt (Amt 10) „Zentrale Steuerungsunterstützung“.

Das Büro des Landrates, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit werde als Stabsstelle unmittelbar dem Landrat unterstellt. Im Dezernat 6 habe es bereits bei der Neugliederung der Dezernate einen Aufgabenzuwachs gegeben, aus diesem Grund werde das Amt 40 (Amt für Schule und Bildungskordinierung) wieder eine eigene Leitung erhalten und das Amt 41 (Kultur- und Sportamt) neu gebildet. Im Bereich des Kämmersers (Dezernat 7) werde es zwei Ämter, das Amt für Finanzwesen (Am 20) und das Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung (Amt 22) geben. Diese Umorganisation sei notwendig, um weiter funktional arbeiten zu können. Außerdem sei die Neuordnung stellenneutral.

Die personelle Besetzung werde zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abstimmung mit dem Personalrat, vorgenommen. Es biete sich an, weitgehend vorhandene Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter hierfür vorzusehen.

Der Landrat beantwortete im Anschluss einige Nachfragen bezüglich der einzelnen Aufgaben innerhalb der neu gebildeten Ämter.

Abg. Krupp erfragte, warum manche Abteilungen Ämter würden und manche nicht.

Der Landrat antwortete, dass dies etwas mit der Bedeutung der Aufgabe für den Kreis insgesamt und mit der Art der Aufgabe zu tun habe.

Abg. Hartmann erkundigte sich, ob es generell Kriterien gebe, nach denen beurteilt werde, ob eine Aufgabe wichtiger sei als eine andere. Seiner Ansicht nach seien berechenbare Kriterien beispielsweise die Größe einer Abteilung oder die jahrelange Erfahrung eines/r Abteilungsleiters/in.

Der Landrat erläuterte, dass es keine Auszeichnung für die Mitarbeiter/innen sei, sondern eine organisatorische Aufteilung insbesondere nach der Bedeutung der Aufgabe und den Umständen der Aufgabenwahrnehmung.

Abg. Krupp erfragte unter Bezugnahme auf die Verselbständigung dreier Jugendämter, ob alle Mitarbeiter/innen seitens der Städte übernommen worden seien und sollte dies nicht der Fall sein bat sie um Mitteilung wie viele übernommen worden seien und wie die hier verbliebenen eingesetzt würden.

Weiterhin bat Abg. Krupp um Mitteilung, wie die Kreisverwaltung mit dem Thema Leistungsentgelt umgehe.

Der Landrat teilte mit, dass die seitens der Städte nicht übernommenen Mitarbeiter/innen in der Verwaltung integriert worden seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Insgesamt sind zum Jahreswechsel 18 Mitarbeiter/innen des Kreisjugendamtes zu den Städten gewechselt (4 zum Jugendamt der Stadt Königswinter, 13 zum Jugendamt der Stadt Rheinbach und 1 zum Jugendamt der Stadt Bad Honnef). Zum 01.06.2008 wird es einen weiteren Wechsel zum Jugendamt der Stadt Siegburg geben. Weiterhin wird eine Mitarbeiterin des Kreisjugendamtes zum 01.04.2008 in den Bereich der Erziehungsberatung der Stadt Königswinter wechseln.

Bezüglich des Themas Leistungsentgelt teilte der Landrat mit, dass man derzeit noch in Verhandlung mit dem Personalrat stehe und es noch zu keiner Einigung gekommen sei.

Abg. Pagels erfragte unter Bezugnahme auf das Leistungsentgelt, inwieweit der Landrat als Leiter der Behörde Einfluss darauf nehmen könne, dass Beurteilungen zeitgerecht eröffnet werden.

Der Landrat teilte mit, dass man das Beurteilungswesen und das Thema Leistungsentgelt unterscheiden müsse. Beim Leistungsentgelt trete die Frage auf, welche Leistungen messbar sind oder ob eine Leistungsbewertung vorgenommen werden müsse.

Bezüglich der rechtzeitigen Eröffnung der Regelbeurteilung sei es oft sehr zeitaufwendig die Regelbeurteilungen im Ergebnis realistisch und nachvollziehbar zu eröffnen.

Abg. Hartmann bat den Personalrat um kurze Darstellung seiner Position im Hinblick auf das Thema Leistungsentgelt.

Der Landrat erteilte dem Personalrat das Wort.

Herr Knott schilderte, dass der Personalrat dem Landrat einen Vorschlag zum Abschluss einer Dienstvereinbarung mit der Vorstellung, Maßstab für Leistungsentgelt seien abzuschließende Zielvereinbarungen, unterbreitet habe. Bei einem heterogenen Betrieb wie einer Kreisverwaltung mit vielfältigen Aufgaben sei eine Leistungsbeurteilung/-bewertung nicht so einfach durchzuführen. Der Personalrat sehe allerdings bei dem vom Landrat angestrebten Beurteilungsverfahren für das Leistungsentgelt die Gefahr, dass es zu einer Verteilung nach „Nasenprämie“ komme. Aus diesem Grund sei es bisher nicht zu einer Einigung gekommen, der Personalrat sei grundsätzlich aber kompromissbereit.

Herr Carl merkte an, dass es Untersuchungen für die Kosten des Leistungsentgeltes gebe und dass dabei die reinen Verwaltungskosten ca. 600.000 € betragen würden. Bei ordnungsgemäßer Durchführung müssten pro Jahr mindestens 4 nachweisbare Gespräche pro Mitarbeiter geführt werden. Dies sei insgesamt äußerst zeitaufwendig.

Abg. Hartmann erkundigte sich, in welchem Dezernat derzeit die Aufgabe der Gewerbeaufsicht angesiedelt sei.

Der Landrat teilte mit, dass sich die Aufgabe im Ordnungsamt befinde. Die Aufgaben der technischen Gewerbeaufsicht und des Immissionsschutzes, die zum 01.01.2008 von der Bezirksregierung übernommen wurden, sei im bisherigen Amt für Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Gewässerschutz angesiedelt. Dies beziehe sich auch auf den zusätzlichen Aufwand im Bereich des Gewässerschutzes.

Abg. Hartmann stellte fest, dass die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung nun dem Dezernat 2 angehöre. Er erkundigte sich, ob dennoch aufgrund des gewachsenen Aufgabenbedarfs ein weiterer Co-Dezernent bestellt werde. Dies war zumindest damals die Begründung für die Bestellung des Co-Dezernenten im Umweltbereich.

Der Landrat teilte mit, dass dies derzeit nicht geplant sei.

Abg. Hartmann fragte, ob in anderen Bereichen weitere Dezernenten- oder Co-Dezernentenstellen geplant seien und ob bei erneutem Aufgabenzuwachs diese Begründung nicht mehr ausreichen werde für einen Co-Dezernenten.

Der Landrat erläuterte, dass auch das momentan nicht geplant sei. Die Entscheidung und die Verantwortung hierüber lägen jedoch bei ihm und erließe sich auch alle Möglichkeiten offen.